

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Heinrich Heine hat 1844 in seinen Nachtgedanken den Eingangsvers geschrieben: Denk ich an **Deutschland** in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht. Projiziert auf heute muss man sagen – wie wahr. Im Frühling 2021 grassiert noch immer die Pandemie und von der Politik wird man von einem Lockdown in den anderen geschickt. Die Impfstoffstrategie ist miserabel und für diese Zuständigkeit schiebt ein Minister es auf den anderen. Damit beschädigt man sich gegenseitig und schwächt schlussendlich den gesamten Regierungsapparat. Über die Maskenaffäre brauchen wir nicht sprechen, denn die ist aus der Presse hinreichend bekannt. Wir sind der Ansicht, dass es noch keine deutsche Regierung gab, die eine blamablere Figur abgegeben hat als die jetzige. Aber die Mathematik lehrt uns, dass man Nullen nicht übersehen darf. Diese Volksvertreter haben keine Berechtigung, sich unter das Wappentier Adler zu stellen. Wir hätten ein anderes Tier für diese Volksvertreter, welches besser passen würde. Aber sie wurden gewählt und es dauert bis zur nächsten Wahl, bei der kompetentere Persönlichkeiten am Ruder sind, nicht mehr lange. Was liegt bei uns im Argen: die Bürokratie. Vor der Bundestagswahl 2017 gab Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) als Versprechen ab „Wir werden die anwendungsfreundlichste Verwaltung Europas – bis 2021“. Es versteht sich von selbst, dass er die Wette (12 Flaschen guten Grauburgunder) verloren hat. Deutschland war mal für gutes Krisenmanagement bekannt. Heute herrschen archaische Zustände. In der Corona-Krise wird das Organisationsversagen schonungslos offengelegt. Die 16 Jahre Kanzlerschaft haben Angela Merkel müde gemacht. Bei der aktuellen Pandemie engt sie mit ihrer Laissez-Faire-Politik die Handlungsspielräume ein. Sie droht, alternativlose Entscheidungen mit Zwang durchzusetzen, was beim deutschen Föderalismus in verschiedenen Ländern Widerstand auslöst. Unsere Regierung hat es nicht geschafft, das Steuersystem neu aufzustellen. Sonst hätte man die Entwicklungshilfen von Deutschland an China (als kleines Beispiel 2013-2020 3 Mrd. €) längst gestrichen. Hätte man es verstanden, die Defizite bei der Digitaltechnik zu beseitigen, brauchte (als kleines Beispiel) das Robert-Koch-Institut die veröffentlichten Zahlen nicht auf Excel-Listen in Handarbeit erstellen.

Vor Jahren verständigten sich Bund und Länder auf eine Reform der Fernstraßenverwaltung. 16 Bundesländer und ca. 15.000 Mitarbeiter sollten in der Autobahngesellschaft verschmolzen werden. Der zuständige Minister Andreas Scheuer schrieb soeben einen (sich selbst) lobenden Bericht an den Verkehrsausschuss mit dem Tenor: Die Bearbeitungsprozesse sind etabliert und laufen effizient; der Personalübergang von den Ländern auf den Bund verlief reibungslos. Jetzt die Wahrheit: Die Autobahngesellschaft des Bundes zahlt seit Januar dieses Jahres keine Rechnungen. Intern spricht man von Rückständen bis zu 1,3 Mrd. €. Neue Rechnungen verlangt man in Papierform, nur nicht digital, da die benötigte Software nicht funktioniert. Was 70 Jahre auf Länderebene halbwegs solide ablief, hat A. Sch. durch die Zentralverwaltung des Bundes vermurkst. Die ersten Firmen haben bereits ihre Arbeiten auf den Baustellen gestoppt. Sie bangen um ihre Existenz, weil sie Löhne und Gehälter nicht mehr bezahlen können. Durch Umsatzsteuer und Sozialabgaben werden sie zusätzlich belastet. Mitarbeiter werden ihre Arbeitsplätze verlieren. Wer übernimmt den Ausgleich der Schäden für die stümperhafte Ministerarbeit? Autofahrer werden genervt, weil an den Baustellen nichts mehr geht, solange die Rechnungen nicht bezahlt sind. Die Arbeit des A. Sch. zeigt, dass Verantwortungsbewusstsein im parlamentarischen Raum nicht gefragt ist. Ob es sich um „verbrennen“ von Steuergeldern oder eigenmächtige Festsetzung von

Diäten handelt, sind Parlamentarier und –innen in ihren Entscheidungen frei. Abhilfe könnte schaffen, wenn Politiker bei falsch getroffenen Entscheidungen mit ihrem Privatvermögen haften. Natürlich muss die Haftung begrenzt sein. Wenn ein Politiker glaubhaft darlegen kann, dass er auf angemessener Informationsbasis zum Wohle des Volkes entschieden hat, entfällt die Haftung. Natürlich könnte man das Haftungsrisiko versichern lassen. Auf jeden Fall müsste im Falle eines Fehlverhaltens eine Selbstbeteiligung gezahlt werden, die sich nach dem Einkommen der/des Beteiligten richtet. Wir meinen, dass es ein vertrauensbildendes Signal in die Politik wäre, wenn sich die Parlamentarier und –innen unseren Vorschlägen anschließen würden.

Vor mehr als einem Jahr galt Deutschland international als Musterschüler bei der **Pandemiebekämpfung**. Aufgrund Unfähigkeit unserer Regierung hat sich das Blatt gedreht. Mangelhafte Tests, Impfdefizite, Maskenskandale und anderes mehr führten zu Aufmärschen von Querdenkern. Man muss sich für Deutschland fremdschämen, weil ein solch organisiertes Land keine vernünftige Impfstrategie hinbekommt. Zum einen war die Einkaufspolitik der politischen Entscheider falsch, zum anderen die Umsetzung. Bekanntlich sitzen reichlich Lehrer (nicht zu verwechseln mit „Leerkörpern“) und Juristen in den Ministerien. Die sind um Rechtssicherheit bemüht. Pragmatiker hätten, auch wenn Fehler gemacht worden wären, mehr umgesetzt und effektivere Ziele erreicht. Streit zwischen der Kanzlerin und Länderchefs schlagen auf das Gemüt der Menschen über. Der Frust der Wirtschaft wächst rasant und greift tief in unsere gesamte Volkswirtschaft ein. Ende vergangenen Monats glaubte Gesundheitsminister Jens Spahn mit dem vorgelegten Gesetzentwurf „Digitale–Versorgung–und–Pflege–Modernisierungs–Gesetz (DVPMG)“ könne er tief in das Gemeinwesen eingreifen. Kürzlich erst hat das Landgericht München in einem Eilverfahren den Pakt zwischen dem Gesundheitsministerium und Google (staatliches Medienangebot „gesund.bund.de“) als kartellrechtswidrig abgelehnt. Im Gesetzentwurf DVPMG wird (mit anderen Worten) der Versuch unternommen, es erneut durchzusetzen. Der Staat wagt sich auf das journalistische Gebiet der freien Presse. Das könnte man sich sparen, denn es gibt bereits viele Anbieter sowie innovative Digitalfirmen mit Angeboten auf dem Gesundheitssektor. Mit Steuergeldern sollen offensichtlich freie Unternehmen am Markt ausgebremst werden. Der Gipfel ist die elektronische Patientenakte für alle gesetzlich Versicherten ab 2022. Natürlich ausschließlich über das staatliche Angebot „gesund.bund.de“. Das ist digitales Staatsmonopol und darf in Gesetzform nicht zugelassen werden! Die Corona-Pandemie zeigt, dass die Digitalisierung des Gesundheitswesens längst überfällig ist. Der Gesetzentwurf sollte sich an Grundsätzen der freien Marktwirtschaft halten und sich auf tatsächliche Aufgaben des Staates beschränken. Die Investitionen in diesem Jahr von ca. 4,5 Mio. € und nächstes Jahr von ca. 5 Mio. € wären bei Beschleunigung der Impfkampagne besser eingesetzt.

Mit Stand März 2021 gab es weltweit 100 Mio. bestätigte Corona-Infizierte. In Verbindung mit Covid-19 starben über 2 Mio. Menschen. Viele Länder wie Taiwan oder Neuseeland sind bereits oder fast coronafrei. Laut dem Thinktank „Lowy Institute“, Sydney landet Deutschland von 98 untersuchten Ländern auf Platz 54 (Platz 55 Kroatien, Platz 56 El Salvador). Schlechtestes Index: Brasilien mit 4,3. Die Daten stammen von „Our World in Data“ und werden in der britischen Universität Oxford und der Non-Profit-Organisation „Global Change Lab“ gepflegt.

Das „Wall Street Journal“ schreibt über die deutsche Pandemie-Bekämpfung: Angela Merkel hat ihre Kraft in der Pandemie verloren, sie ist diesem Job nicht gewachsen. Der Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“ schreibt: Die „preußische“ Haltung, die zu Beginn der Pandemie für Erfolge gesorgt hat, sei zum Problem geworden. Nach 2 Weltkriegen und Hyperinflation sei Deutschland fast nichts so wichtig wie Sicherheit. Mikio Sugeno schreibt in der Wirtschaftszeitung „Nikkei“: Die

Schwäche, die die Kanzlerin im 16. Amtsjahr zeigt, könnte auf Europa überschwappen und Chaos auslösen. Judy Dempsey vom Thinktank „Carnegie Europe“ spricht vom „Neandertal-System“ der Gesundheitsämter, für das Angela Merkel die Verantwortung trägt. Die deutsche Bürokratie verschlimmere die Notlage. Wenn schon auf die Kanzlerin „geschossen“ wird, halten sich einige italienische Politiker nicht zurück, erwähnen die Skandale bei Volkswagen, Bilanzfälschungen bei Wirecard, was zu einem schlechten Ansehen Deutschlands geführt habe. In dem Zusammenhang bekommt gleich die (deutsche) EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihr „Fett“ ab, weil sie die Verzögerung der Impfstoffbeschaffung zu verantworten hat. Europa muss von Asien lernen (wo man deutlich mehr Erfahrung mit Virenbekämpfung hat), mit dem Virus zu leben, statt es auszuradieren. Die Generalsekretärin der Gesellschaft für Aerosol-Forschung Birgit Wehner hat in einem offenen Brief an die Bundesregierung geschrieben, dass die Übertragung der SARS-Cov-2-Viren fast ausschließlich in Innenräumen stattfindet. Es sei nicht zielführend, über Sportbetätigung an der frischen Luft zu zweit, den Aufenthalt in Biergärten oder Ausgangssperren zu diskutieren. Eines ist sicher: Die nächste Pandemie kommt bestimmt. Es gilt, schon heute darauf vorbereitet zu sein.

Energiewende wird in Deutschland großgeschrieben. Ende vergangenen Monats präsentierte Kay Scheller (Präsident des Bundesrechnungshofes BRH) den „Bericht zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bei Elektrizität“. Seit 2016 gibt er den Regierenden schlechte Noten. Der Bericht sagt, dass kein EU-Land von seinen Privathaushalten einen höheren **Strompreis** fordert als Deutschland. Sie liegen 43% über dem EU-Durchschnitt, während Großverbraucher mit mehr als 150.000 Megawattstunden/Jahr unter dem EU-Schnitt liegen (Chemie-/Stahlindustrie). Für ca. 2.200 Verbraucher gilt die „Besondere Ausgleichsregelung“ (BesAR) des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) mit deutlich reduzierten Strompreisen. Nicht die Erzeugungskosten treiben den Strompreis, sondern Abgaben, Steuern und Umlagen. 75% der Strompreisbestandteile sind staatlich geregelt.

Strompreise in Deutschland

	<u>Industriestrom</u> €-Cent/kWh ¹		<u>Privathaushalte</u> €-Cent/kWh ²
Deutschland	17,81	Deutschland	30,43
EU-27 Durchschnitt	12,54	EU-27 Durchschnitt	21,26
Dänemark	6,12	Niederlande	14,27

Quelle: Handelsblatt

Das seit Jahren schwelende Streitthema, so sagt der BRH, müsse dringend vom Bundeswirtschaftsministerium reformiert werden, anderenfalls besteht das Risiko, dass Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Im Juni des letzten Jahres beschloss die Große Koalition die EEG-Umlage in diesem Jahr auf 6,5 Cent je Kilowattstunde Strom zu deckeln, im nächsten Jahr auf 6 Cent. Der Bericht des BRH weist auf erhebliche Defizite bei der Versorgungssicherheit hin. Der Kohleausstieg hinterlässt eine Kapazitätslücke von bis zu 4,5 Gigawatt (es gibt sogar Schätzungen bis 10 Gigawatt). Die Lücke muss durch Gaskraftwerke

¹ Ohne Mehrwertsteuer, Abnahme von 500-2.000 MWh

² Inklusive Mehrwertsteuer, Abnahme von 2.500-5.000 kWh (Stand 2020)

geschlossen werden, die später mit Wasserstoff betrieben werden können. Ein Großkraftwerk bringt in etwa 1 Gigawatt Leistung. Anreize zum Bau von Kraftwerken gibt es im Augenblick nicht, obwohl schon jetzt abzusehen ist, dass Mitte des Jahrzehnts Kapazitäten fehlen werden. Seit geraumer Zeit wird das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) kritisiert, weil man von einem zu schwachen Anstieg der Stromnachfrage ausgeht. Eine extreme Klimaveränderung wird nicht ins Kalkül gezogen, bei der Wind und Sonne erheblich weniger Strom erzeugen. Mit diesem Problem allerdings muss sich die Regierung beschäftigen, die in 25-30 Jahren am „Ruder“ ist.

Kürzlich veröffentlichte der Chefredakteur des Handelsblatts eine Grafik, auf der Glasfaseranschlüsse im internationalen Vergleich zu sehen waren. Deutschland landete in der Rangliste mit knapp 5% auf einem der hinteren Plätze; der OECD-Durchschnitt liegt bei knapp 30%. Selten, so kommentierte er später, gab es eine größere Resonanz von den Lesern. Ob abgebrochene Videokonferenzen im Homeoffice, Formulierungsschlachten in Behörden, abgebrochene Mobilfunkverbindungen in der deutschen Hauptstadt sowie deutsche Digitalrückstände – alles war dabei. Bayern und NRW preschen bei den Themen digitale Infrastruktur zwar vornweg, aber auf Bundesebene ist es viel zu wenig. Das Wirtschaftsministerium beginnt seine „Digitale Strategie 2025“ mit den Worten: Technologischer Fortschritt ist der Motor unserer Gesellschaft. Wie sagte der Dichter Goethe: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Schnellerer Breitbandausbau, eine bessere Mobilfunkabdeckung, eine ernsthafte Strategie für Zukunftstechnologien wie künstliche Intelligenz und Quantencomputer (für Schüler und Studenten) werden in Deutschland stiefmütterlich behandelt. Bald sind Wahlen und es ist wünschenswert, dass die richtigen Kandidaten in der neuen Regierung alles anders machen.

Das Wachstum der Elektromobilität ist zu begrüßen. In Deutschland zeichnet sich ab, dass die fehlende Ladeinfrastruktur das weitere Wachstum der Elektromobilität stark behindert. Man sollte sich an Holland ein Beispiel nehmen. Innerhalb von 4 Wochen ist die Ladestation nicht nur genehmigt, sondern auch aufgebaut. Wir haben in 09/2020 einen Antrag auf Förderung der Installation einer Ladestation gestellt (vom Staat bis 900,00 €). Den zwischenzeitlich gelieferten PKW wollten wir natürlich elektrisch „betanken“ und haben eine Wallbox anbringen lassen. Ende 03/2021 kam der Bescheid: „Abgelehnt“. Warum? Wir hätten zunächst die Bewilligung des Antrages abwarten und erst dann handeln dürfen. Das Wiehern des Amtsschimmels glaubten wir lautstark zu hören.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die monatlichen **Nickel**preisveränderungen zeigt die nachstehende Tabelle. Noch Ende Februar marschierte der Nickel in Richtung 20.000 US\$/to, um dann in wenigen Minuten jäh abzustürzen. Man spricht von einem schwarzen Schwan³. Obwohl Nickel bis heute über 16.000 US\$/to liegt, werden sich die Legierungszuschläge nicht nach unten verändern. Vielleicht liegt es am extrem gestiegenen **Chromstahl**preis, der jeweils quartalsweise festgeschrieben wird. Vom 1. zum 2. Quartal 2021 stieg er um 385 US\$/lb (1.560). Analog zum Nickel sackte auch der **Molybdän**preis, allerdings lediglich um knapp 10%.

Die Erwartung, dass sich der Rohstoffmarkt abkühlen würde, hat sich bewahrheitet. Am Edelstahlmarkt nennen die europäischen Werke Termine wie lange nicht mehr, nämlich ab Januar 2022. Einher damit gehen angekündigte Grundpreisanhebungen und Schrottzuschläge, die im Anhängerverfahren berechnet werden. Für das Lagergeschäft (also aus Vorrat) muss der Bedarfsträger rundum fragen, welcher Anbieter noch lieferfähig ist. Die Bestandsmengen sind jedenfalls mächtig geschrumpft. Die Preise bestimmt im Augenblick der Anbieter und es gibt auch hier schwarze Schafe, die teilweise unverschämte Konditionen nennen. Die Lieferketten ex Fernost sind im Augenblick alles andere als flüssig. Ob es bei Problemen der Containerbeschaffung oder das Unglück im Suezkanal handelt (mit den entsprechenden Folgen), die Automobilindustrie oder deren Vorlieferanten haben aktuell das Nachsehen.

Schlussendlich sollte man noch einen Blick auf die Tabelle bezüglich Kurs des US\$ werfen, weil die Rohstoffe in dieser Währung abgerechnet werden.

³ Im Jahre 2007 erschien das Buch „Der schwarze Schwan“ von Nassim Nicholas Taleb. Es konzentriert sich auf extreme Auswirkungen seltener und unvorhersehbarer Ausreißereignisse und auf die Tendenz des Menschen, nachträgliche vereinfachte Erklärungen für diese Ereignisse zu finden. (Quelle: Wikipedia)

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME to	Nickel €/100 kg
02.01.2019	1,1448	10.440	10.530	206.400	915
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
01.02.2021	1,2136	17.807	17.855	248.856	1.475
01.03.2021	1,2075	18.655	18.675	250.584	1.549
01.04.2021	1,1744	16.001	16.048	259.182	1.363
21.04.2021	1,2049	16.085	16.122	264.606	1.340

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2020		2020		2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/20	557	06/20	609	620	701	758	823	821	→						
4301	05/20	1.278	12/20	1.516	1.594	1.720	1.851	1.853	1.786	↓						
4404	05/20	1.852	12/20	2.175	2.270	2.421	2.621	2.650	2.543	↓						
4509	09/20	689	06/20	739	761	846	898	961	961	↑						
4521	09/20	905	03/20	1.058	1.046	1.138	1.232	1.340	1.322	↓						
4539	05/20	3.272	12/20	3.975	4.128	4.355	4.724	4.726	4.508	↓						
4571	05/20	1.876	12/20	2.209	2.305	2.462	2.666	2.693	2.584	↓						

Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2020		2020		2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/20	669	06/20	730	742	841	911	988	988	→						
4301	05/20	1.534	12/20	1.819	1.910	2.064	2.222	2.224	2.146	↓						
4310	05/20	1.442	12/20	1.692	1.780	1.926	2.075	2.084	2.017	↓						
4404	05/20	2.222	12/20	2.610	2.722	2.905	3.146	3.181	3.054	↓						

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2020		2020		2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	03/20	280	12/20	320	380	410	440	450								
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	03/20	850	12/20	1.190	1.300	1.430	1.370	1.380								
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	04/20	1.300	12/20	1.650	1.740	1.860	1.800	1.850								

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

In eigener Sache:

Wir stellen Ihnen gerne die Güte GANG 430 RE vor. Oder Sie klicken auf www.kgw.nrw.

Das KGW-Team